

## **FÄLLE UND LITERATURHINWEISE NR. 13**

### **13. Rechtsschutz gegen polizeiliche Maßnahmen und Polizeiorganisation im Bundesstaat**

**Fall 1:** H ist Leiter einer Drogenberatungsstelle und steht im Verdacht, den Konsum von Rauschgiften in den Diensträumen der Drogenberatungsstelle geduldet zu haben. Bei der Durchsuchung der Drogenberatungsstelle wird auch I angetroffen, der verdächtigt wird, einen Diebstahl begangen zu haben. H und I werden erkennungsdienstlich behandelt (Lichtbilder, Fingerabdrücke). Das Strafverfahren gegen I wird nach § 170 II StPO eingestellt. H und I verlangen, dass die erkennungsdienstlichen Unterlagen vernichtet werden.

Ist der Verwaltungsrechtsweg eröffnet?

**Lit.:** Fall nach Ehlers, in: Ehlers/Schoch (Hrsg.), Rechtsschutz im öffentlichen Recht, 2009, § 21 Rn. 117-121.

**Fall 2:** Die Gemeinde G bekommt Asylbewerber zugewiesen, die sie zu versorgen hat. Sie beschlagnahmt deshalb die Turnhalle der X.-Hauptschule, die im Eigentum des Landes steht, um die Obdachlosigkeit der Asylbewerber abzuwenden. Das Land legt gegen die sofort vollziehbar erklärte Beschlagnahmeverfügung Widerspruch ein und stellt beim Verwaltungsgericht einen Antrag auf Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung des Widerspruchs.

Ist der Antrag zulässig?

**Lit.:** VGH Mannheim, NVwZ 1993, 393; Schenke, Polizei- und Ordnungsrecht, 6. Aufl., 2009, Rn. 435-459; Würtenberger/Heckmann, Polizeirecht in Baden-Württemberg, 6. Aufl., 2005, Rn. 118-159.